

Die Elektronische Patientenakte für alle – nützlich, aber Informationsdefizite bleiben

Kiel, 07.03.25

Seit Anfang 2025 haben alle gesetzlich Versicherten in Deutschland Anspruch auf eine die „Elektronische Patientenakte (ePA)“. Befürworter:innen erhoffen sich Vorteile für die Behandlungsqualität und eine Vereinfachung in der Kommunikation. Doch fühlen sich die Versicherten ausreichend informiert und sehen auch sie einen Mehrwert in der ePA? Genau auf diese Fragen hat ein Forscherteam in einer Studie Antworten gesucht.

Die elektronische Patientenakte (ePA) steht seit Beginn dieses Jahres allen gesetzlich Versicherten zur Verfügung. Sie soll die Behandlungsqualität erhöhen, Patient:innen stärker in die eigene Behandlung einbeziehen und Ärzten:innen und Gesundheitsfachkräften einen besseren Überblick über die Krankengeschichte der Versicherten ermöglichen. Damit die Nutzung der ePA auch in der Arztpraxis vor Ort funktioniert, sind gerade zwei Testregionen - Hamburg und Umland sowie Franken – gestartet. Auch in Nordrhein-Westfalen hat sich die „ePA-Modellregion NRW“ formiert.

Doch trotz der potenziellen Vorteile gibt es noch einige Unsicherheiten bezüglich der Sicherheit der Gesundheitsdaten und Informationsbedarf dazu, wie die ePA im medizinischen Alltag funktioniert. Dies zeigt auch eine Studie, die Forschende aus Osnabrück, Heilbronn, Kiel und Lübeck zur Bekanntheit und Nutzung der elektronischen Patientenakte durchgeführt haben.

Dazu führten sie im Jahr 2021 – als die ePA nur durch aktiven Wunsch von Patient:innen (sog. „Opt-In“-Verfahren) angelegt wurde – durch. Die nicht-repräsentative Studie beleuchtet die Akzeptanz und Erwartungen der Versicherten hinsichtlich der ePA zu einer frühen Phase der Einführung (2022). Dabei stellte sich heraus, dass aus Sicht der Versicherten die Sammlung medizinischer Dokumente, ein vereinfachter Datenaustausch zwischen medizinischen Einrichtungen und der erleichterte Zugriff auf Notfallinformationen die wichtigsten Vorteile für die Befragten darstellen sind. Dennoch zeigten sich durchaus viele Befragte auch noch unsicher im Umgang mit der ePA. Bei der Frage zu Hemmnissen bzgl. der Nutzung der ePA wurden ein Mangel an Informationen über das Konzept und die Funktionsweise der ePA, sowie Datenschutzbedenken benannt. Auch wurde deutlich, dass ein beträchtlicher Anteil die ePA derzeit noch als „unnötig“ wahrnimmt. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlten sich über die Einführung der ePA nicht ausreichend informiert. Zu ihren primären Informationsquellen über die ePA befragt, gaben die Teilnehmer:innen an, dass primär die (gesetzlichen) Krankenkassen, (populäre) Medien und berufliche Quellen zum persönlichen Informationsstand beitrugen. Sie wünschten sich als Ansprechpartner:innen vor allem Gespräche mit Krankenkassen, sowie mit ihren Ärztinnen und Ärzten. Aber auch schriftliche Informationen, z.B. per Email oder als Flyer zur ePA, wurden als mögliche Informationsquellen benannt. Die Studie beleuchtet ihre Ergebnisse auch im internationalen Kontext und vergleicht mit Erfahrungen aus anderen Ländern, z.B. Australien.

Das Fazit der Studie: Es besteht eine Kommunikationslücke zwischen Anbietern und Verbraucher:innen, die zu einer geringen Akzeptanz digitaler Gesundheitstechnologien führt. Diese gilt es nun insbesondere vor der Umstellung von bisherigen Opt-In auf die Widerspruchslösung (Opt-out) zu füllen.

Die vollständige Studie ist auf der Website der Fachzeitschrift *BMC Health Services Research* unter <https://rdcu.be/d5yG5> frei zugänglich abrufbar.

Kontakt für Rückfragen

Frau Saskia Kröner
Hochschule Osnabrück – University of Applied Sciences
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WiSo)
Postfach 1940
49009 Osnabrück
Tel.: 0541 / 969 3275
E-Mail: s.kroener@hs-osnabrueck.de